

Pressemitteilung zur Ratssitzung 07.07.2020

Osnabrück, 07.07..2020

Pressemitteilung

V.i.S.d.P.: Lars Willecke | Fraktion DIE LINKE Stadt Osnabrück | Bierstraße 29/30 | 0541/3234595 | 0152/56750888 | linksfraktion@osnabrueck.de | <http://www.linksfraktion.os.de> | [facebook.com/linksfraktionOS](https://www.facebook.com/linksfraktionOS) | [Twitter: @linksfraktionOS](https://twitter.com/linksfraktionOS)

Beschluss zur Gründung der kommunalen Wohnungsgesellschaft DIE LINKE.: Jubeln können wir nicht

Giesela Brandes-Steggewentz, Vorsitzende der Linksfraktion, äußert sich dazu:

„Die Osnabrücker Bürger*innen haben es geschafft – sie haben die Gründung einer neuen kommunalen Wohnungsbaugesellschaft gefordert und diese durch einen Bürger*innenentscheid mit überwältigender Mehrheit von 76% auf den Weg gebracht. In der Ratssitzung vom 7. Juli wird die Gründung nun beschlossen – nach langen Vorarbeiten im dafür eingerichteten Projektausschuss.

Aber, ist das eine kommunale Wohnungsgesellschaft, die sozial gebundene Wohnungen mit niedrigen Mieten auf den Wohnungsmarkt bringt? Nur bedingt, weil 40 % der neuen Wohnungen um 10 €/qm kosten sollen. Mit dem Konzept der Osnabrücker Stadtwerke AG wird das "Handlungskonzept für bezahlbaren Wohnraum" der Stadt Osnabrück weiter fortgesetzt.

Als LINKE. werden wir der Gründung trotzdem zustimmen. Dass die öffentliche Hand endlich wieder in den Wohnungsmarkt eingreift und den ständig steigenden Mieten einen Riegel vorschiebt, ist eine unserer zentralen Forderungen. Wir werden den Prozess aber überaus kritisch begleiten. Vor allem die Quoten für sozial gebundenen Wohnraum haben wir dabei im Blick, aber auch die Beteiligung der Bürger*innen, ohne die wir diesen Schritt nicht geschafft hätten. Wir sehen es kritisch, dass Vorschläge zum Konzept des Bündnisses in den Planungen weg gestimmt wurden und bei Anträgen im Projektausschuss immer auf das Wohlwollen einzelner Fraktionen angewiesen war. Auch wenn wir die Arbeit der Osnabrücker Stadtwerke AG schätzen, mahnen wir zu Transparenz gegenüber allen Beteiligten. Die neue Wohnungsbaugesellschaft ist den Bürger*innen verpflichtet. Besonders wichtig ist den Menschen vor Ort, dass die Wohnungsbaugesellschaft nicht wieder von heute auf morgen verkauft werden kann - hier muss alles dafür getan werden, dass dies nicht über die Köpfe der Bürger*innen hinweg entschieden werden kann. Das Ergebnis einer Befragung der Einwohner*innen sollte die Grundlage für eine solche Entscheidung sein.

Anhang: Kritikpunkte zur Gründung der Kommunalen Wohnungsgesellschaft

Zum Antrag der Linksfraktion zur Einführung einer **Meldestelle für rechtsextremistische und rassistische Aktivitäten** äußert sich Ratsfrau Heidi Reichinnek:

„Wir wollten diesen Antrag bereits im März in den Rat einbringen, mussten ihn jedoch wegen der durch Corona bedingten Ausnahmesituation erst einmal zurückziehen. Damals war der Anschlag von Hanau, bei dem zehn Personen ermordet wurden, der Grund für den Antrag. Neun der Opfer mussten aus rassistischen Gründen sterben: Gökhan Gültekin, Sedat Gürbüz, Said Nesar Hashemi, Mercedes Kierpacz, Hamza Kenan Kurtovic, Vili-Viorel Paun, Fatih Saracoglu, Ferhat Unvar und Kaloyan Velkov. Auch heute hat er durch den Mord an George Floyd und die Proteste gegen strukturellen Rassismus traurige Aktualität. Seien es Anschläge wie Hanau und Halle oder der Mord an Walter Lübcke – solche extremen Taten erwachsen auf einem Nährboden aus Alltagsrassismus. Die Anzahl von Straftaten mit rassistischem oder rechtsextremistischem Hintergrund steigt immer weiter – und dabei werden noch lange nicht alle Fälle überhaupt bekannt oder angezeigt. Genau hier soll eine Meldestelle ansetzen. Denn jede Beleidigung, jede Schmiererei kann die Betroffenen verletzen, kann dazu führen, dass sich rechte Parolen normalisieren. Um einen Überblick zu bekommen, wie genau die Situation in Osnabrück ist, wo es vielleicht besonders starke rechte Tendenzen gibt, soll die Meldestelle alle Vorfälle aufnehmen und den Betroffenen Hilfe und Unterstützung bieten – stets in Kooperation mit Expert*innen aus anderen Bereichen, Initiativen und Vereinen. Die Zivilgesellschaft in Osnabrück engagiert sich seit Jahrzehnten gegen rechte Tendenzen, dafür können wir dankbar sein. Doch die Stadt muss hier mit entsprechenden Strukturen aktiv werden, um alle jene Menschen zu unterstützen, die dafür sorgen, dass Osnabrück eine so lebenswerte Stadt ist und bleibt. Wir hoffen, dass wir die Meldestelle mit einem deutlichen Signal gegen Rassismus und Rechtsextremismus auf den Weg bringen können!“